

# Teuer für die Kommunen

Betzdorf Dr. Klaus Kohlhas fordert mehr Engagement beim Thema „Landarztmangel“



DER HAUSARZT HÖRT EINEN JUNGEN PATIENTEN MIT DEM STETHOSKOP AB. WAS WIE EINE SELBST-VERSTÄNDLICHKEIT AUSSIEHT, KÖNNTE BALD IN EINEM ANDEREN LICHT ERSCHEINEN. DIE ZAHL DER LANDARZTPRAXEN WIRD IN DEN KOMMENDEN JAHREN WEITER DEUTLICH ABNEHMEN. FOTO: DPA

**Das Vorstandsmitglied der Kreisärzteschaft wirft Bürgermeister Brato Passivität und falsche Zurückhaltung vor.**

Von Andreas Goebel

goeb ■ „Ich habe schon den Eindruck, dass gerade die Bürgermeister mit SPD-Parteibuch sich mit Kritik an der Gesundheitspolitik des Landes Rheinland-Pfalz sehr zurückhalten.“ Dr. Klaus Kohlhas aus Gebhardshain, Vorstandsmitglied der Kreisärzteschaft Altenkirchen und deren Obmann in der Zeit von 2012 bis 2016, gebraucht klare Worte. Die Erklärung für die Zurückhaltung der Bürgermeister – im Falle Betzdorfs betrifft das Bernd Brato – liefert er mit. Bekanntlich ist das Gesundheitsministerium in SPD-Händen. Ministerin Sabine Bätzing-Lichtenthaler werde mit Glacéhandschuhen angefasst, kritisiert Kohlhas.

In aller Munde ist das Thema „Ärztmangel“ besonders in Betzdorf zurzeit, weil nach der Schließung der Hausarztpraxis Schumacher Mitte vergangenen Jahres in Alsdorf nun auch die Lichter in der Gemeinschaftspraxis Schmidt/Kerschbaum an der Gontermannstraße 20 ausgehen (die SZ berichtete).

Ende März stehen 3000 Patienten „auf der Straße“. Die bestehenden Praxen in Betzdorf und Kirchen bestätigen alle, dass sich viele Patienten in diesen Tagen mit der Bitte um Aufnahme an sie wenden. Doch die Hausärzte arbeiten vielfach selbst am Limit und können den Berg an Patienten nicht ohne Weiteres aufnehmen. Schon liegen Unterschriftenlisten empörter und verunsicherter Bürger an öffentlichen Stellen aus. Sie wollen Druck machen auf Bürgermeister und die Politik allgemein. Empfänger ist die Kassenärztliche Vereinigung Rheinland-Pfalz (KV).

Doch was aussieht wie eine Verzweiflungstat, ist thematisch so neu nicht. So gebe es in Rheinland-Pfalz seit Langem die Forderung nach einer zweiten Hochschule, in der in Medizin ausgebildet werde. „Man muss sich das mal vor Augen führen“, äußert sich Kohlhas im SZ-Gespräch. „Im Land wird nur an einer Universität Medizin angeboten. Und die Forderung nach einem zweiten Standort wird seit Jahren abgebügelt.“

Kohlhas stellt dar, dass dem Landkreis und seinen politischen Gremien die Problematik des zukünftigen Landarztmangels dargestellt worden sei und dieser auch Maßnahmen ergriffen habe. Er habe Landrat Michael Lieber als „Kümmerer“ erlebt. „Aber“, schränkt er ein: „Der Widerhall in den einzelnen Verbandsgemeinden war stark different.“

Während er bei Bürgermeister Wolfgang Schneider (Verbandsgemeinde Daaden-Herdorf) eine aktive Rolle in der Versorgungspolitik feststellt, wirft Kohlhas Bürgermeister Brato vor, dass dieser sich konstruktiven Gesprächen bisher nicht in der gebotenen Intensität gewidmet und sich bei einem Treffen in der Verbandsgemeinde sogar reserviert gezeigt habe (O-Ton Brato laut Kohlhas: „Ich mache hier nur weiter, wenn das direkt zu Ergebnissen führt.“).

Das führe zu der Frage: „Wer muss hier liefern? Müssen wir als Ärzte oder muss hier nicht doch vielmehr die Verwaltung bzw. die politische Seite liefern?“ Laut Kohlhas ist die KV eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. „Sie übernimmt die gesetzesmäßige Organisation der ambulanten Versorgung und untersteht dabei der Aufsicht durch Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie.“

Wie Kohlhas darlegt, könnten Kommunen durchaus tätig werden, Betzdorf-Gebhardshain könnte es dem Kreis Siegen-Wittgenstein gleichtun, der Medizinstudenten ein Stipendium in Höhe von 500 Euro gewähre über den Zeitraum der klinischen Semester. Verbunden wäre das selbstredend mit der Verpflichtung des Kandidaten bzw. der Kandidatin, später in der Verbandsgemeinde tätig zu werden. Laut Kohlhas hat die Verbandsgemeinde Asbach es geschafft, vier Ärzte mit sogenannten „Hausarztprämien“ zu locken.

Brato habe bislang auf solche Vorschläge nicht reagiert. Als „Fehlinformation“ sieht er eine mutmaßliche Äußerung Bratos an, von einem Abiturjahrgang wollten nur wenige Medizin studieren. Kohlhas: „Richtig ist: Auf einen Studienplatz kommen – seit Jahren – vier bis zehn Bewerber, die zum Teil jahrelang, bis zu acht Semester, auf einen Studienplatz warten.“

Dr. Kohlhas prognostiziert, dass Prämien, die Kommunen zahlen, in Zukunft noch deutlich höher ausfallen müssten. Im Falle der VG Asbach (vier Ärzte) seien je 100 000 Euro gezahlt worden. „Welcher Jungmediziner“, fragt der Gebhardshainer rhetorisch, „lässt sich bei einer Niederlassung 100 000 Euro entgehen?“

Er sieht in der erfolgreichen Ansiedlung einer Praxis ferner einen Faktor der Wirtschaftsförderung, nicht ohne einzuschränken: „Die Hausarztprämie offenbart aber auch das Debakel der Landes- und der Bundespolitik zu Fragen der Versorgungsstruktur im ländlichen Raum: Die Kommunen müssen hierfür in Zukunft wahrscheinlich teuer bezahlen.“